

Michel Dormal

# Parlamentarismus, was sonst?

## Zur Geschichte der Repräsentationskritik in Luxemburg

In der Aprilausgabe von *forum* erschien ein Beitrag von André Hoffmann, der eine fundamentale Kritik an der real existierenden parlamentarischen Demokratie vorbringt. Die Stoßrichtung der Kritik ist mir sehr sympathisch, auch wenn ich mir nicht sicher bin, ob die zitierten Autoren der politischen Philosophie allesamt gute Kronzeugen dafür abgeben. Ich möchte allerdings nicht in eine Debatte solcher Spitzfindigkeiten einsteigen,<sup>1</sup> sondern die Theorie durch einen historischen Blick auf die verschiedenen Traditionen der Kritik des Parlamentarismus in Luxemburg ergänzen. Denn auch wenn gängige Darstellungen die politische Geschichte oft so erzählen, als ob sie mit innerer Folgerichtigkeit zu den Ergebnissen hätte führen müssen, die wir heute kennen, war der Parlamentarismus, seine Begründung und seine Form auch hierzulande nie unumstritten. Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele veranschaulicht werden, wer solche Kritik übte, anhand welcher Kriterien dies geschah und welche Gegenentwürfe dahinter standen.

### Die Ambivalenz des allgemeinen Wahlrechts

Bereits vor der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts war die abstrakte, individualistische Natur der Wahl, auf die sich auch die von Hoffmann zitierte Passage von Sartre bezieht, Zielscheibe politischer Angriffe. Solche Einwände waren geprägt von der Angst vor der atomisierten, amorphen Menge und der Sehnsucht nach einer neuen organischen Gliederung der Gesellschaft. Als im Jahr 1901 in der Luxemburger Abge-

ordnetenversammlung eine moderate Ausweitung des Wahlrechts diskutiert wurde, nahm dies der konservative Abgeordnete Prüm zum Anlass, die Architektur des gesamten Repräsentationssystems in Frage zu stellen. Die aus dem 19. Jahrhundert stammende Idee des

---

### Die parlamentarische Demokratie und ihre Ausgestaltung waren seit ihren frühesten Tagen Gegenstand der Auseinandersetzung.

---

Parlamentarismus als Treuhänderschaft des Ganzen durch eine aufgeklärte Elite sei gescheitert, da jene die Interessen einer Klasse fälschlich als die der Allgemeinheit ausgegeben hätten.<sup>2</sup> In der Tat demonstrierte in ganz Europa die zunehmende Politisierung des sozialen Konflikts die Hinfälligkeit des alten Ideals des Honoratiorenparlaments. Das allgemeine Wahlrecht allein, so Prüm, schaffe hier jedoch keine Abhilfe, denn es habe „pour conséquence non pas d'accorder à chaque intérêt social la part [...] qui lui revient, mais de substituer le despotisme du nombre à la suprématie des classes censitaires“. Die Summe der einzelnen Stimmen ergebe nicht das Ganze. Dem stellte Prüm das Ideal einer *funktionalen* Repräsentation entgegen: „Au lieu de faire reposer le régime représentatif sur le nombre“, brauche es die „représentation des grands intérêts sociaux, l'agriculture, l'industrie, le commerce, les métiers, le travail et les communes“.<sup>3</sup>

In eine ähnliche Kerbe schlug auch die Kritik von Seiten des Katholischen Volksver-

eins. Dessen Zeitschrift, das *Luxemburger Volk*, bemühte sich 1904 in einem Leitartikel um den Nachweis, dass Wahlrecht und Parlamentarismus veraltete, abstrakte Ideen seien.<sup>4</sup> Das „Wesen der Demokratie“ sei „nicht mehr in der Anteilnahme an einem politischen Rechte, dessen Wert und dessen Resultat zum mindesten zweifelhaft ist (sic!)“, zu suchen. Stattdessen solle die Demokratie in „der Anteilnahme des gesamten Volkes an den Errungenschaften der Kultur“ bestehen. Damit war eine Wohlfahrtsordnung nach Maßgabe der katholischen Soziallehre gemeint. Geht man üblicherweise eher davon aus, dass eine politische Entscheidung aufgrund der Bedingungen ihres Zustandekommens legitim ist, wurde diese Logik hier schlicht umgedreht. Allein das inhaltliche Ergebnis entscheide darüber, welche Politik „demokratisch“ sei, egal wer an dieser Entscheidung selbst partizipiert. Wenig überraschend, dass das *Luxemburger Volk* mit dem Befund schloss, demokratisch in diesem speziellen Sinne sei „bloß das Christentum“.

### Parlamentarismuskritik von Links

Nach der Verfassungsreform von 1919 haben sich auch die Sozialdemokraten, die man bis dahin kaum der Skepsis gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht verdächtigen konnte, mit auf den ersten Blick ähnlichen Argumenten gegen den Parlamentarismus gewandt. In der Debatte zum Berufskam-

---

Der Autor arbeitet an der Universität Trier und befasst sich mit Theorie und Geschichte politischer Repräsentation.

mergesetz zeigte sich Michel Welter desillusioniert: „le suffrage universel est loin d'avoir aujourd'hui ce pouvoir magique qu'il avait dans le temps“.<sup>5</sup> Bereits in dem im Juli 1919 von den Sozialisten eingebrachten Gesetzesvorschlag über die „organisation des principales branches de l'activité nationales du point de vue social et économique“ wurde eine rätendemokratische Neugliederung der Gesellschaft als Alternative zur Repräsentation durch Parlament und Parteien entworfen. Dort hieß es: „Le parlementarisme repose sur la fiction de la représentation du peuple [...] Mais qu'est-ce le peuple? Le peuple n'est pas une abstraction, mais un organisme très compliqué [...] avec organes, facultés, fonctions, aspirations qui demandent à se faire valoir [...] La fonction sociale et la condition d'existence du peuple est le travail, la production, la transformation, la circulation et la répartition des produits de la terre et de l'activité humaine. C'est une erreur néfaste de l'école individualiste de croire et d'enseigner que, dans la société, il n'y a que des fonctions individuelles [...] Non, la vie de la société est une fonction sociale se manifestant par l'activité réglée et lien ordonnée (sic!) des groupements économiques“.<sup>6</sup> Wenn auch eher am Vorbild der modernen Fabrik denn irgendwelchen konservativen Sehnsüchten orientiert, finden wir auch hier eine skeptische Einschätzung des Parlamentarismus, die vor allem dessen abstrakten, die ökonomische Struktur verdeckenden Individualismus bemängelt.

Eine noch weitergehende Kritik brachte die unabhängige linke Zeitschrift *Der arme Teufel* ins Luxemburger Gesprächsfeld ein. Sie druckte 1923 unter anderem einen, ursprünglich in der anarchistischen, österreichischen Zeitschrift *Erkenntnis und Befreiung* erschienenen Artikel ab, in dem es programmatisch hieß: „Das Proletariat hat die Abschaffung von Herrschaft und Parlamentarismus zu erstreben, während der Parlamentarismus zu deren Aufrechterhaltung durch alle Klassen der Bevölkerung geschaffen ist [...] Der Politiker ist, um sein Mandat zu sichern, gezwungen, seine Wähler in den Glauben zu wiegen, er vertrete im Parlament ihre Interessen. In Wahrheit vertritt er bloß seine Mandatsinteressen und das Hauptinteresse der Regierung: Das Volk in den Wahn zu wiegen, dass das, was die Regierung durchführt 'Volkswille' [...] sei“.<sup>7</sup> Hervorzuheben ist, dass dieser Artikel ver-



suchte, eine Ideologiekritik zu formulieren und den Parlamentarismus nicht schlicht als Korruption und Betrug abtat: Die Repräsentationsfiktion erzeuge vielmehr ein notwendig falsches Bewusstsein, das vom Parteibuch und der Intention des einzelnen Abgeordneten unabhängig funktionierte.

Wenig überraschend war die Parlamentarismusfeindschaft der Luxemburger Kommunisten. Dafür war sie folgenreich. In ihrem Wahlmanifest von 1934 hatten die Kommunisten in markigen Worten<sup>8</sup> angekündigt: „Das korrupte Parlament werden wir abschaffen, den korrupten bürgerlichen Staatsapparat zertrümmern und den Sowjetstaat organisieren. Die nur von den Werktätigen in kurzen Zeitabständen gewählten, jederzeit absetzbaren und unter der Kontrolle der arbeitenden Massen arbeitenden Arbeiter- und Bauernräte werden die Macht ausüben. Das ist die einzige, die wirkliche Demokratie“.<sup>9</sup> Bekanntlich wurde die Rechtspartei von der anschließenden Wahl des ersten kommunistischen Abgeordneten Zenon Bernard aber so erschreckt, dass sie dieselbe für ungültig erklären ließ und versuchte, die kommunistische Partei verbieten zu lassen. In seiner ersten und einzigen Verteidigungsrede in der Kammer, deren Lektüre sich auch heute noch lohnt, legte der Kommunist Bernard zielstrebig den Finger in die Wunden des real existierenden Parlamentarismus. Nicht nur bleibe ein „großer Teil der arbeitenden Bevölkerung, nämlich die ausländischen Arbeiter“, von jeder Repräsentation ausgeschlossen, sondern: „Die Souveränität des Volkes, welches durch die heutige Verfassung garantiert sein soll, worin äußert sie sich eigentlich? Darin, daß alle vier oder sechs Jahre das Volk einmal zur Urne gerufen wird. In Wirklichkeit hat es nicht den geringsten Einfluss auf die Staatsgeschäfte. Ob die Gewählten ihr

Programm einhalten oder nicht, ob sie die Wähler und ihre Interessen verraten, das Volk hat darüber nichts mehr zu sprechen. Und dazu wird auch noch dieses Parlament immer mehr [...] auf die Seite geschoben und immer tiefer auf die Rolle eines stummen Zuschauers herabgedrückt. Die Regierung regiert ohne Parlament“.<sup>10</sup>

### Rationalisierungen und interne Reformen

Diagnosen einer Krise des Parlamentarismus waren aber nicht auf die Ränder des politischen Spektrums beschränkt. Sie waren auch in der „Mitte der Gesellschaft“ populär. Bereits nach der Wahlreform von 1919 hatte das damals noch liberale *Tageblatt* orakelt: „der Tag wird kommen, an dem man sich fragen muß, ob das Parlament in seiner überlieferten Form wirklich das geschmeidige, aktionskräftige Instrument ist, das man in ihm sah. In ganz Europa ist man sozusagen parlamentemüde. Eine neue Zeit erstrebt neue politische Formen“.<sup>11</sup>

In der Tat wurde die These der Krise und Erschöpfung des Parlamentarismus in der Zwischenkriegszeit europäisches Allgemeingut. Die wahre politische Macht sei längst auf die Parteien übergegangen, welche das Parlament für sich instrumentalisierten.<sup>12</sup> Auch in Luxemburg war die These von der Blockade oder Krise des Parlamentarismus in den dreißiger Jahren verbreitet. Bemängelt wurde immer wieder, dass in der Kammer zu lange und zu viel geredet wurde und Debatten nicht um der Sache, sondern nur der eigenen Außenwirkung wegen geführt würden. Das *Luxemburger Wort* machte keinen Hehl daraus, dass es das parlamentarische Regierungssystem für falsch konstruiert hielt. Parteienzwist, „Wahldemagogie“ und „sinnlose Opposition“ behinderten dessen

Funktionieren. Das Ziel hieß „Rationalisierung“. Dazu schlug das *Wort* (neben dem Verbot unchristlicher Parteien) vor, die Machtstellung der Exekutive fundamental aufzuwerten. Das Abgeordnetenmandat solle zudem nur an Personen vergeben werden, welche bestimmte Bedingungen der Bildung und des Berufs erfüllen.<sup>13</sup>

Die Verteidigung des Parlaments übernahm diesmal das (mittlerweile sozialistische) *Tageblatt*: „Das Parlament sei krank, sagt man. Wenn dem so ist, so muß man feststellen, daß es an diesem Krankenlager mehr Totengräber gibt, die mit lüsternen Augen darauf warten, den Patienten verscharren zu können, als ehrliche Ärzte, die sich für seine Heilung einsetzen wollen“.<sup>14</sup> Allerdings sorgte auch das *Tageblatt* sich um den moralischen Zustand der Abgeordnetenkammer. Folgende Diagnose von 1933 könnte auch aus einer Ausgabe von 2012 stammen: „Wenn man gar gesehen hat, wie es oft genügte, dass einer ‚Volksvertreter‘ war, damit die Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsposten auf ihn herabregneten, zu denen ihn sonst nichts voranbestimmte oder befähigte, so muss man doppelt misstrauisch sein“.<sup>15</sup> Anders als die Rechte, die damals mit dem österreichischen Ständestaat liebäugelte, schlugen *Tageblatt* und mit ihm die Arbeiterpartei konstruktive Maßnahmen vor, wie das Parlament „gesunden“ könne. Elementar sei, „durch Aktivierung und Rationalisierung die Kammerarbeiten den Forderungen der heutigen Zeit anzupassen“ sowie „das Ansehen des Parlamentes [...] durch Bestimmungen, welche die Unabhängigkeit und die Redlichkeit des Parlamentarismus gewährleisten“, wieder zu heben.<sup>16</sup> Dazu forderte man etwa, die per Los bestimmten „Sektionen“ durch proportional gewählte, ständige Kommissionen zu ersetzen, wie sie heute üblich sind. Die interne Rationalisierung des Parlamentsbetriebs erhoffte man sich von einer Stärkung der Parteiorganisation.

Der Hintergrund dieser Debatten war die seit 1929 diskutierte Reform des internen Kammerreglements, die November 1933 endgültig verabschiedet wurde. Sie sollte insbesondere die Plenumsdebatten strenger regeln. Abschweifungen und Wiederholungen wurden untersagt und die Möglichkeit des sanktionierenden, vorübergehenden Ausschlusses von Abgeordneten eingeführt.

Die zentrale Rolle der Fraktionszugehörigkeit für die Rationalisierung der Parlamentsarbeit wurde offiziell anerkannt. Vor allem aber wurde die Redezeit erstmals streng begrenzt und kontingentiert, was hochgradig umstritten war.<sup>17</sup> Die heute übliche, auch von André Hoffmann beklagte Einschränkung der parlamentarischen Debatte nahm hier ihren Ursprung.

## Was bleibt vom Parlamentarismus?

Ein Blick in die Geschichte zeigt also, dass auch in Luxemburg die parlamentarische Demokratie und ihre Ausgestaltung seit ihren frühesten Tagen Gegenstand der Auseinandersetzung war. Der Streit um die Formen der Repräsentation ist nie vom Streit um die Form der Gesellschaft selbst zu lösen. Daher scheint die bürgerliche Demokratie eigentlich ohne Unterlass seit 1789 in der Krise zu sein.

Aber auch die „Zivilgesellschaft“, auf die viele Linke in den letzten Jahrzehnten ihre Hoffnungen setzten, ist nicht automatisch eine Ressource des demokratischen Sprechens und Handelns, die sich in fortschrittlicher Absicht gegen die repräsentativen Institutionen mobilisieren lässt. Erinnert sei etwa an den Hamburger „Volksentscheid“ aus dem Jahr 2010, der gegen die Reformpläne des Senats die Beibehaltung des alten, sozial selektiven Schulmodells erzwingt. Partizipation „von unten“ kann ebenso im Interesse privilegierter Klassen funktionieren, wie dies in den letzten zwei Jahrzehnten der Parlamentarismus tat. Nicht zufällig pflegen auch neoliberale Ideologen wie Peter Sloterdijk, der vor wenigen Jahren die Revolution der Wohlhabenden ausrief, die Semantik der zivilgesellschaftlichen Rebellion gegen die staatliche Umverteilung.<sup>18</sup>

Der erste Schritt wäre daher, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass unter den Bedingungen des fortbestehenden Kapitalismus jeder Appel an den Demos als Subjekt der Souveränität bereits deswegen unwahr bleibt, weil dieser keine Einheit darstellt, sondern immer nur eine Gemengelage von sozialen Konflikten. Nur durch die Repräsentation seiner eigenen Widersprüche hindurch gewinnt der Demos ein richtiges Bild seiner selbst. Diese Tatsache zu institutionalisieren, war einst der historische Verdienst der Parlamente und Parteiensysteme im zwan-

zigsten Jahrhundert. Können wir aber heute noch guten Gewissens folgern: „Die parlamentarische Demokratie ist keine politische Idealforderung für den Sozialisten, aber sie ist eine Form der Zweckmäßigkeit, für die lange geschichtliche Erfahrungen sprechen“?<sup>19</sup> Die Realität ist jedenfalls eher dazu angetan, diese Erfahrungen zu einer nostalgischen Erinnerung werden zu lassen. ♦

1 Ausführlicher zur politischen Ideengeschichte: Nadia Urbinati, *Representative Democracy*. Chicago, 2006.

2 Dieses Ideal hatte in Frankreich 1851 exemplarisch Guizot in seiner *Histoire des Origines du Gouvernement Représentatif en Europe* formuliert.

3 Chambre des députés, compte rendu, session 1901-1902, S. 1744ff.

4 „Demokratie“, in: *Das Luxemburger Volk*, 1904, Nr. 15.

5 Chambre des députés, compte rendu, session 1921-1922, S. 1283.

6 Chambre des députés, compte rendu, constituante de 1918-1919, annexes, S. 936.

7 „Der sterbende Parlamentarismus“, in: *Der Arme Teufel*, 1923, Nr. 795.

8 Die markigen Parolen waren bei Lenin abgeschrieben. Dieser schrieb im Kapitel 3 von „Staat und Revolution“: „Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und MÜSSEN wir sie uns denken“.

9 „Manifest der KP zu den Kammerwahlen“, in: *Arbeiterstimme*, 1934, Nr. 104.

10 Chambre des députés, compte rendu, session 1934-1935, S. 124f.

11 „Zur Einführung des Verhältniswahlrecht“, in: *Tageblatt*, 6.4.1919.

12 So vor allem Carl Schmitt in seiner 1923 erstmals erschienenen Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“.

13 „Über neue Wahlmethoden“, in: *Luxemburger Wort*, 18.9.1933.

14 „Am Krankenbett des Parlamentes I“, in: *Tageblatt*, 7.10.1933.

15 „Am Krankenbett des Parlamentes III“, in: *Tageblatt*, 13.10.1933.

16 „Am Krankenbett des Parlamentes II“, in: *Tageblatt*, 11.10.1933.

17 „Was die Klerikalen [...] planen, ist nichts anderes als die Unterminierung des Parlaments selbst, und zwar durch Unterbindung der Redefreiheit, Degradierung der Abgeordneten und Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle“, *Tageblatt*, Kommentar zu den Kammerverhandlungen. 12.12.1929.

18 „Der verletzte Stolz“, in: *Der Spiegel*/ Nr. 45, 2010.

19 „Parlament und Volk“, in: *Tageblatt*, 14.12.1936.